

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pobn d

Inhalt

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, appelliert, die Elbe nicht zum Parteienstreit zu machen: Einladung zur Gemeinsamkeit. Seite 1

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, sieht Arbeit und sozialen Ausgleich auf dem Prüfstand: Gegen eine stupide Art von Politik. Seite 3

Hermann Scheer MdB erinnert daran, daß Willy Brandt vor zehn Jahren den Friedensnobelpreis erhielt: Den Weg zu eigenbestimmter Interessenpolitik geebnet. Seite 5

Dokumentation

Willy Brandts Rede vor der FAO: Das schreiendste Massen-Unrecht, den vermeidbaren Hunger, besiegen. Seite 6

Herausgeber und Vorleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 198

16. Oktober 1981

Einladung zur Gemeinsamkeit

Die Elbe eignet sich nicht zum Parteienstreit

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Meine Ausführungen zum Problem der Feststellung des Grenzverlaufs im Elbe-Bereich in der Bundestagsdebatte vom 6. Oktober 1981 haben eine Reihe von Kollegen aus der Fraktion der CDU/CSU zu kritischen Kommentaren und zu Fragen an die Bundesregierung veranlaßt. Das ist ihr gutes Recht. Was daran jedoch befremdet, ist wieder jener Stil von Verdächtigung und Voreingenommenheit, den wir schon überwunden glaubten, so wenn es etwa heißt, man sei besorgt, die Bundesregierung könne bereit sein, "aus Gründen einer Klimaverbesserung in den innerdeutschen Beziehungen der DDR Zugeständnisse zu machen, die den Interessen der Bundesrepublik Deutschland schaden und Bestrebungen zuwiderlaufen, auf mehr Menschlichkeit in der DDR hinzuwirken".

Was habe ich wirklich gesagt? Für jeden, der hören will oder lesen kann, war es nichts anderes als eine Aufforderung an alle zum Nachdenken über ein Problem, dessen Lösung den Menschen hüben wie drüben nutzen könnte sowie dem Strom, an dessen beiden Ufern Deutschland liegt, Trennendes nehmen und Verbindendes geben könnte. Doch sicher eine lohnende Aufgabe. Und die Antwort? Verdächtigungen, die Bundesregierung verstoße gegen Recht und Gesetz, die Unterstellung, der DDR seien Zusagen in der Grenzfrage gemacht worden. Es wird der Eindruck erweckt, als ob es darum ginge, einem feindlichen Ausland - Recht oder Unrecht - auch nicht einen Fußbreit vermeintlich unbestritten zur Bundesrepublik Deutschland gehörender Wasserfläche zu überlassen.

Wenn nicht Voreingenommenheit, dann mindestens Unkenntnis zu Grunde liegenden Problems muß all denen vorgehalten werden, die sich in dieser Weise äußern.

Es sei daher noch einmal klargestellt: Die Bundesregierung hält unverrückbar daran fest, daß Grundlage einer Grenzfeststellung in dem streitigen Elbe-Abschnitt ausschließlich die Vereinbarungen, Entscheidungen und Praktiken der Besatzungsmächte sind und bleiben, das heißt, daß für die Bundesregierung eine Grenzfestlegung nach eigenem deutschen Ermessen nicht in Betracht kommen wird.

In dieser Haltung unterscheidet sich die Bundesregierung nicht von der Opposition. Die Opposition geht aber über diese Grundvoraussetzung einer Grenzfeststellung hinaus. Ohne auch nur die Beweisführung einer kritischen Beurteilung zu unterziehen, Gegenmeinungen anzuhören und alle vorliegenden alliierten Dokumente unvoreingenommen zu würdigen, erklärt sie ein einziges Gutachten, das für eine ganz bestimmte Grenze spricht, nämlich die am Nordostufer der Elbe, zur reinen Wahrheit. Alternative Lösungsmöglichkeiten, auch auf der Grundlage alliierter Dokumente, werden nicht zur Kenntnis genommen oder kaum ernsthaft erwogen.

Die alliierten Unterlagen sind eben - leider - nicht so klar, wie wir es uns wünschen könnten. Hätten wir eindeutige Dokumente, gäbe es den Streit nicht, auch nicht mit der DDR. Die Opposition gibt sich den Anschein, sie verteidige Grundgesetz, Grundlagenvertrag und Bundesverfassungsgericht. Tatsächlich verteidigt sie aber nichts weiter als die Schlußfolgerung, das Renommee eines einzelnen Gutachters.

In dieser Lage befinden wir uns. Hier Gutachten "Nordostufer der Elbe", dort andere Lösungen einschließlich "Mitte Strom", beides auf der Grundlage alliierter Vereinbarungen, Entscheidungen und Praktiken. Dies ist die Ausgangslage, über die nachgedacht werden sollte. Und für dieses Nachdenken gab ich zu bedenken, daß auf beiden Ufern des Stromes Deutschland liegt, welches doch nach dem Willen aller Deutschen nicht auf ewig durch eine Grenze getrennt bleiben soll, daß die Anwohner zu beiden Seiten des Stromes Deutsche sind, denen eine Lösung zugute käme; sei es durch bessere Nutzung des Stromes für den Verkehr, für Fischer, Sportler; sei es durch Brückenschlag über den Strom; sei es durch gemeinsame Bemühungen um seine Reinhaltung; sei es auch durch Verminderung von Konfliktsituationen an einem Teil der Grenze durch Deutschland.

An der Bereitschaft, wenn nicht an einer Lösung mitzuwirken, so doch darüber verantwortungsvoll mit nachzudenken, wird zu ermesen sein, ob die CDU/CSU-Opposition wirklich an Zusammenarbeit mit der Koalition in der Deutschlandpolitik bereit ist. Sie ist dazu nicht nur eingeladen, sondern von der Sache her auch gefordert.

(-/16.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Gegen eine stupide Art von Politik

Arbeit und sozialer Ausgleich auf dem Prüfstand

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Der Prognose-Singsang von Berufsökonomern wird immer ungenießbarer. Seit einem Jahr sagen sie im Westen den konjunkturellen Aufschwung voraus. Auch jetzt wird wieder im Stil froher Erwartungen von bevorstehender Wirtschaftsbelebung gesprochen. Die arbeitende Bevölkerung erlebt dagegen die Welt völlig anders: Steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende oder rückgehende Einkommen und Eingriffe ins Sozialleistungssystem gehören zu ihren Erfahrungen.

Eine schlimme Rezession zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung breitet sich aus. Die Arbeitslosigkeit wird zur Geißel des westlichen Industriesystems. In England erreicht die Massenarbeitslosigkeit die Dimension der 30er Jahre. In ganz Europa wachsen unaufhörlich die Zahlen.

Das in den westlichen Industriestaaten verbreitete konservative Rezept, nach dem die Marktwirtschaften durch ein tiefes Tal von Arbeitslosigkeit wandern müßten und nach dem die Einkommensunterschiede wieder sichtbarer und deutlicher sowie die Angst vor Armut und sozialem Abstieg wieder spürbarer werden müßten, um so im Stil einer "großen Reinigungskrise" wieder auf neue Höhen zu gelangen, erweist sich immer mehr als ein ebenso stupider wie brutaler Rückfall in Denkvorstellungen und Handlungsweisen des Manchester-Liberalismus.

Die konservative Politik der hohen Zinsen, der hohen Arbeitslosigkeit, der hohen Einkommensunterschiede und der hohen Eingriffe in die soziale Sicherung entwickelt sich zum politischen Sprengstoff. Am Ende des 20. Jahrhunderts sind die europäischen Industrieländer nicht mehr in gleicher Weise kapitalistisch und autoritär beherrschbar wie am Ende des 19. Jahrhunderts.

Es ist ziemlich oberflächlich, wenn häufig gesagt oder geschrieben wird, die westlichen Industrieländer seien immer unregierbar. Die Wahrheit ist, daß sie mit einer solchen stupiden Art von Politik schwer zu regieren sind. Sie befinden sich im Widerspruch zu den sozialen Empfindungen der Menschen und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit.

Die Bundesrepublik hat in den 70er Jahren im internationalen Vergleich darum besser abgeschnitten als andere westliche Industrieländer, weil sie den Versuchungen der kapitalistischen Tendenzwende eher widerstanden hat. Das hat der Bundesregierung auch das Vertrauen vieler Arbeitnehmer eingetragen.

Ein Kurswechsel in der sozialen und wirtschaftlichen Generallinie würde bei uns schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Wenn sich statt aktiver Beschäftigungspolitik ein Prozeß permanenter Eingriffe in die Sozialleistungen, unter geradezu peinlich wirkender Schonung der wirtschaftlich und finanziell Starken, entwickeln würde, änderte sich das soziale Klima. Der vielzitierte "soziale Friede" ist immer nur durch konkrete Politik erreichbar. Den gibt es nicht umsonst.



In diesen Tagen muß in der sozialliberalen Koalition über den Abschluß der Haushaltsberatungen für 1982 gesprochen werden. Das wird schwierig. Die Arbeitslosigkeit ist höher, als von manchen ursprünglich angenommen wurde. Daß von Berufsökonomien die Gefahren und die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit unterschätzt worden sind, schlägt jetzt zu Buch. Das führt in den öffentlichen Haushalten auf der Einnahmen- und der Ausgabe Seite zu neuen Deckungsproblemen.

Sie sind nicht zu lösen, indem man die Ursachen, nämlich die wachsende Arbeitslosigkeit, vernachlässigt und glaubt, allein durch Eingriffe in Sozialleistungen zum fiskalischen Ausgleich kommen zu können. Wenn der fiskalische Ausgleich sich selbstständig und darunter der soziale Ausgleich leidet, stimmen alle Rechnungen nicht mehr - auch die politischen nicht. Die Auffassung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist in dieser Beziehung in den letzten Wochen deutlich geworden und muß bei den Koalitionsverhandlungen in Rechnung gestellt werden.

Das heißt: Es ist an der Zeit, daß sich die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik darauf verständigen, wie gegen die wachsende Arbeitslosigkeit vorgegangen werden soll. Das trifft für Bund und Länder zu.

Um es gleich gegenüber den uns geläufigen tumben und törichten Einwänden klarzustellen: Wir denken dabei nicht an kurzfristig angelegte Konjunkturprogramme im Schnellschußverfahren, sondern an die Entwicklung einer Beschäftigungsstrategie für die 80er Jahre. Sie reicht von den großen innenpolitischen Aufgaben - wie Energieeinsparung, Umweltschutz, Bewahrung der traditionellen Industriezentren vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg - bis hin zur Arbeitszeitverkürzung. Eine solche Beschäftigungspolitik bedarf der Regionalisierung und damit auch der Mithilfe der Länder.

Sicher ist die Bundesrepublik unabweisbar mit weltwirtschaftlichen Entwicklungen verbunden. Aber sie ist ihnen, was die Beschäftigungslage angeht, nicht hilflos ausgeliefert. Weltweite Verbundenheit darf schon gar nicht heißen, daß sich jener unsoziale Unfug ausbreitet, den Konservative und Rechtsliberale in den angelsächsischen Ländern veranstalten.

Dazu gehört auch: Der Haushaltsausgleich darf nicht noch mehr mit sozialer Schlagseite finanziert werden, bei der sozial Schwächere in besonderer Weise herangezogen werden, während auf hohe und höchste Einkommen in einer immer peinlicher werdenden Art Rücksicht genommen wird. Sozialen Ausgleich gibt es nicht ohne soziale Gerechtigkeit. (-/16.10.1981/bgy/ca)

+ + +



Den Weg zur eigenbestimmten Interessenpolitik geebnet

Vor zehn Jahren erhielt Willy Brandt den Friedensnobelpreis

Von Hermann Scheer MdB

Am 20. Oktober fährt sich zum 10. mal die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt. Der SPD-Vorsitzende und seinerzeitige Bundeskanzler erhielt diesen Preis für seine bahnbrechende Politik zu einer europäischen Entspannung. Der Preis wurde inmitten des vor allem in der deutschen Innenpolitik heftig umstrittenen Vertragsprozesses verliehen, nicht zuletzt, um diesen Bemühungen zusätzlichen Rückhalt zu verschaffen. Die Erinnerung an die Preisverleihung vor zehn Jahren ist Anlaß, die friedenspolitische Bedeutung dieser Politik gerade in diesen Tagen zu unterstreichen - in einer Zeit, in der auch der SPD heute vorschnell friedenspolitische Versäumnisse vorgeworfen werden.

Vor 1969, also vor Beginn der sozialliberalen Entspannungspolitik, war Deutschland mit Berlin der vorrangige weltpolitische Krisenherd. Mitten durch Deutschland zog sich die Front des Kalten Krieges, der zu einem stetigen Anwachsen der Militärpotentiale geführt hatte, und der weder den west- noch den osteuropäischen Staaten, und insbesondere nicht den deutschen Staaten, nennenswerte Spielräume für eine den eigenen nationalen Interessen im Rahmen Europas bestimmte Außenpolitik beließ. Es war die von der Union geführte Bundesregierung, die sogar die in den 60er Jahren beginnenden Entspannungsmaßnahmen zwischen den beiden Supermächten zu sperren suchte, weil sie jede weltpolitische Entwicklung von "Fortschritten in der deutschen Frage" abhängig machte. Solche Fortschritte wurden nicht erreicht; eher das Gegenteil. Erreicht wurden dafür jahrelang Verzögerungen und Bremsungen des Entspannungsprozesses.

Die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik hat nicht nur die deutsch-deutsche Normalisierung und die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten gebracht. Sie hat es ermöglicht, daß es einen Weg zu einer eigenbestimmten europäischen Interessenpolitik zur Friedenssicherung geben kann. Inmitten einer unruhiger werdenden Welt gehen heute beruhigende Impulse von Europa aus. Die westeuropäischen Staaten sind heute in der Außenpolitik freier, auch die osteuropäischen Staaten nicht mehr in der engen Umklammerung früherer Jahre. Die polnische innere Entwicklung wäre ohne die Entspannungspolitik einem sowjetischen Einmarsch zum Opfer gefallen. Im politischen Klima der Entspannung gelang es in Westeuropa, den notwendigen Druck zur Demokratisierung Griechenlands, Portugals und Spaniens auszuüben und diese Entwicklung außenpolitisch abzudecken. Eine vom Ost-West-Konflikt unabhängige Entwicklungspolitik ist erst auf dieser Grundlage möglich geworden. Die Entfaltung bilateraler Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten, die wirtschaftlichen Verflechtungen, die menschlichen und kulturellen Kontakte haben ein europäisches Netz geknüpft, dessen Tragfähigkeit und weitere Verdichtung weltpolitische Bedeutung zukommt. Erst auf der Grundlage der Entspannungspolitik in Mitteleuropa haben west- und osteuropäische Staaten die Möglichkeit, die beiden Supermächte in einen Entspannungsprozeß hineinzuziehen, statt sich von diesen herausziehen zu lassen. Dies alles ist von entscheidender Bedeutung für alle denkbaren Fortschritte in der Begrenzung von Rüstung in Europa und darüber hinaus.

Nach wie vor ist die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung der wichtigste Garant der Aufrechterhaltung und Fortführung der Entspannungspolitik in Europa. Es ist notwendig, an diese mühsam erkämpfte historische Handlungsgrundlage sozialdemokratischer Friedenspolitik zu erinnern. Denn was vergessen oder nicht ausreichend gewürdigt wird, ist schnell in Gefahr, leichtfertig verspielt zu werden. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt vor zehn Jahren macht auch für heute deutlich, daß die sozialdemokratische Regierungsverantwortung gerade in der jetzigen weltpolitischen Situation aufrechterhalten werden muß, in der es einen selbstzerstörerischen Rüstungswettlauf für die Menschheit zu verhindern gilt.

(-/16.10.1981/hf/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Bei der Eröffnung des World Food Day (FAO) hat der SPD-Vorsitzende und Vorsitzender der unabhängigen Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, am Donnerstag in Rom folgende Rede gehalten:

Das schreiendste Massen-Unrecht, den vermeidbaren Hunger, besiegen

Mit dieser Veranstaltung heute wird zum ersten Mal der Welternährungstag begangen. Natürlich könnte man aus diesem Anlaß in fachliche Erörterungen über Anbauformen und Ernährungsweisen eintreten. Vielleicht in Jahrzehnten wird es einmal so sein, wenn die Menschheit die Kraft gefunden haben sollte, das schreiendste Massen-Unrecht, den vermeidbaren Hunger, zu besiegen.

Unser heutiger Ausgangspunkt ist anders: Es sind über eine halbe Milliarde Kinder, Frauen und Männer, unsere Nachbarn auf diesem Planet Erde, die an chronischem Hunger oder an Unternahrung leiden. Diese Bilanz des Entsetzens ist unser Ausgangspunkt heute. Sie steht hinter unserem Druck auf alle, die Macht haben und Verantwortung spüren: Tut mehr als bisher, damit sinnloses Leid begrenzt wird und nicht noch immer weiter um sich greift.

Man sagt uns: Etwa 800 Millionen Menschen auf unserer Erde leben in einem Zustand, den die Experten "absolute Armut" nennen. Der größte Teil dieser Menschen leidet chronisch Hunger. Die Tatsache, daß man uns nicht im entferntesten eine genaue Zahl nennen kann, verstärkt die Entsetzlichkeit des anonymen Leidens.

Doch hinter jeder Einheit dieser Zahl, wie hoch immer sie sein mag, steht ein Schicksal: Das Schicksal eines Menschen, der ein Recht zu leben hat, ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf menschenwürdiges Dasein. Der einen sinnvollen Beitrag zu unserer menschlichen Gesellschaft leisten könnte. Der mitwirken könnte an dem, was das Leben lebenswert macht. Statt dessen sind die Verhältnisse so, daß unendlich vielen das einfachste Recht, das ein Mensch haben kann, verweigert wird: das Recht zu leben.

Das müßte nicht so sein. Es wäre nicht so, wenn die Völker, die Regierungen und die sozialen Gruppen auf dieser Welt es fertig brächten: Mit dem materiellen Reichtum nur ein klein wenig vernünftiger umzugehen, einander beim Betreiben der Landwirtschaft ein klein wenig mehr zu helfen, mitmenschliche und internationale Verantwortung ein klein wenig größer zu schreiben.

Weil dies so ist, deshalb ist jedes einzelne Schicksal eines Hungernden ein Verbrechen gegen die Werte, Grundsätze und Ziele, nach denen wir, die nicht hungern, zu leben behaupten. Nach denen unsere Regierungen Politik zu betreiben behaupten. Und die auf internationalen Konferenzen beschworen werden.

Bei vielen, die spüren, daß alles nicht so sein müßte, wie es ist, wachsen Verzweiflung und Haß. Auch in den Ländern, in denen die Menschen satt werden, vermehrt sich die Empörung darüber, daß zu wenig geschieht. Über die Unfähigkeit von Regierungen. Über die Selbstgefälligkeit von Bürokratien. Über die Gleichgültigkeit der Mitmenschen.

Ich verstehe die wachsende Empörung. Denn ich sehe selbst, daß das Leiden beredet und verwaltet wird. Und daß Taten, die Abhilfe schaffen könnten, nicht oder zu wenig oder zu spät erfolgen.

Es ist jetzt die Zeit für Taten der Regierungen

Es fehlt nicht an Analysen, es fehlt nicht an Vorschlägen. Ich selbst habe als Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen vor knapp zwei Jahren eine Analyse vorgelegt. Und wir haben auch ein Sofortprogramm beigefügt, das wichtige und dringende Maßnahmen zur Lösung des Welternährungsproblems enthält.

Mein Beitrag soll sich darauf beschränken, die Vorschläge für sofortiges Handeln noch einmal kurz zu begründen. Aber ich sage gleich, daß es jetzt nicht auf weitere Analysen ankommt. Sondern daß spätestens jetzt die Zeit ist für Taten, vor allem der Regierungen. Aber auch für alle möglichen ergänzenden Initiativen. Und für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung.

Hier sind überwiegend Sachkundige versammelt. Ich kann Ihnen kaum Neues sagen. Aber ein paar Grundsatzprobleme können wir vielleicht von hier aus weitertransportieren.

Wie wir wissen, gibt es - besonders in Asien und Lateinamerika - Länder, die eine relativ hohe Wachstumsrate in der Nahrungsmittelproduktion erreicht haben, zum Teil sogar Nahrungsmittelexporteure geworden sind, und deren ärmste Schichten gleichwohl unterernährt bleiben. Das Nahrungsmittelprogramm solcher Länder ist ein Armutsproblem. Es muß langfristig gelöst werden durch eine Einkommenserhöhung - und das heißt durch die Beschaffung zureichender Arbeitsplätze - für diese ärmsten Schichten.

Dies wiederum setzt einen Fortschritt in der Wirtschaftsentwicklung, die sicherstellt, daß die Erträge dieser Wirtschaftsentwicklung denjenigen zugute kommen, die sie am meisten brauchen.

Eine andere Gruppe von Ländern, insbesondere in Afrika, leidet unter der Schwäche ihrer landwirtschaftlichen Produktion. Hier ist die Armut ein Teil des Problems, aber nicht der entscheidende Faktor. Der Hauptpunkt ist der rasche Abfall der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, nicht zuletzt infolge der Bevölkerungszunahme.

Diese Lücke ist bisher vielfach durch Importe geschlossen worden - aber die Importe wachsen zu einer unbezahlbaren Höhe an. Diese Länder werden nicht mehr sehr lange in der Lage sein, ihre Importe mit den bisherigen Zuwachsgrößen zu steigern. Aber was passiert dann?

Zu diesen beiden Strukturproblemen hinzu kommen Natur- und Umweltkatastrophen und kriegerische Zerstörungen. Vor allem Afrika hat zusätzlich unter wiederholter Dürre zu leiden gehabt. Und in den meisten Ländern steht jeder Fortschritt in der Nahrungsmittelproduktion im Wettlauf mit dem Bevölkerungswachstum.

Nunmehr hat sich die ohnehin bedrohliche Situation in den letzten beiden Jahren noch einmal dramatisch verschärft; und zwar durch die verheerenden Folgen der veränderten Ölpreise für die Länder der Dritten Welt. Trotz aller Sparmaßnahmen frißt die Ölrechnung heute vielfach den fünffachen Anteil und mehr der Exporterlöse gegenüber dem Stand in der Mitte der siebziger Jahre. Sowohl die Nahrungsmittelimporte wie der technische, also energieabhängige Betrieb in der Landwirtschaft werden erneut eingeengt.

Noch vor zwei Jahren wollten wir in dem Bericht meiner Kommission "im Augenblick keine erkennbare Gefahr einer weltweiten Düngemittelknappheit" erkennen, da für Düngemittel nur zwei der drei Prozent der heutigen Dierzeugung verbraucht werden. Auch diese Hoffnung besteht nicht mehr: die Düngemittelpreise steigen scharf an.

Und noch auf andere Weise bedroht die Ölrechnung die Nahrungsmittelproduktion: Viele Länder weichen auf Holz als Brennstoff aus, was gesteigerten Raubbau und gesteigerte Verwüstung des Bodens zur Folge hat, von den weltweiten ökologischen Folgen einmal ganz abgesehen. Auch andere Auswege, wie die Treibstoffherstellung aus Zuckerrohr, richten unübersehbare ökologische Schäden an und verringern die ohnehin unzulängliche Nahrungsmittelproduktion.

Maßnahmen zur Sicherung der Welternährung

Wenn man sich heute Gedanken macht über die Elemente eines Nord-Süd-Dringlichkeitsprogramms, müssen Maßnahmen zur Sicherung der Welternährung zu den obersten Prioritäten gehören. Es sollte sich vor allem um Maßnahmen auf den folgenden drei Gebieten handeln:

Der erste Bestandteil eines Weltnahrungsmittelprogramms wäre die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, wobei das Schwergewicht auf den einkommensschwachen Ländern mit Defiziten in der Nahrungsmittelproduktion liegen sollte. Die Produktion sollte durch Preisanreize und geänderte Kreditbedingungen angeregt werden, und das wird in den meisten Fällen ohne Hilfe von außen nicht möglich sein. Steigerungen der örtlichen Investitionen in die Landwirtschaft sollten also durch verstärkte auswärtige Hilfe möglich gemacht werden, wobei der Schwerpunkt bei den am wenigsten entwickelten Ländern liegen muß.

Den Berechnungen der FAO zufolge müßte die Hilfe für die Landwirtschaft über die gesamten achtziger Jahre hin um neun Prozent pro Jahr - dem Realwert nach - gesteigert werden, um die international vereinbarten Wachstumsziele zu erreichen. Die Hilfeleistungen für die Landwirtschaft in den am wenigsten entwickelten Ländern sollte rascher steigen, von 1,2 Milliarden 1979 auf 2,8 Milliarden 1985 (gerechnet bei gleichbleibendem Dollarwert).

Weiter: Nationale und internationale Forschungskapazitäten sollten sich auf die Entwicklung neuer Einfachtechnologien konzentrieren, die für traditionelle Landwirtschaft in tropischen Ländern geeignet sind. Größere Schulungsprogramme sollten durchgeführt werden. Und die Entwicklungsländer sollten, unterstützt von den Geberländern, gemeinsame Pläne und Programme für die Absatz-, Transport- und Lagerungsprobleme entwickeln, die mit der für traditionelle Landwirtschaft ungewohnten Aufgabe der Nahrungsmittelversorgung von Städten entstehen.

Der zweite Schwerpunkt bei einem Welternährungsprogramm wäre die Organisation einer internationalen Nahrungssicherung. Das Ziel wäre sicherzustellen, daß die Entwicklungsländer, insbesondere die landwirtschaftlich gefährdetsten, in Krisenzeiten rechtzeitig versorgt werden können. Freilich wäre auch dies nur eine Übergangslösung, denn das Ziel bleibt, diese Länder wirtschaftlich so zu stärken, daß sie notfalls sich auf dem Weltmarkt versorgen könnten.

Als erstes Instrument wurde ein neuer internationaler Weizen-Vertrag vorgeschlagen, in den ausreichende Reservemengen zum Zweck der Ernährungssicherheit eingebaut sind. Gleichzeitig sollte die Nahrungsmittelhilfe für die einkommensschwachen Länder bis zur Mitte der achtziger Jahre fortlaufend gesteigert werden, und wenigstens 20 Prozent davon sollten dem World Food Programme zur Verfügung stehen. Die International Emergency Food Reserve sollte erheblich vergrößert werden. Erhöhte Mittel sind ebenfalls notwendig für Investitionen in die Lagerkapazitäten der Entwicklungsländer: Ein wünschenswertes Ziel wäre die Summe von einer Milliarde Dollar pro Jahr; gemeinsam für Kapazitäten vor Ort und in den Industrieländern.

Der dritte Schwerpunkt eines solchen Programms hätte auf dem Welthandel zu liegen. Hier geht es vor allem darum, die Warenpreise so anzuheben, daß sie den Erzeugerländern eine angemessene Entschädigung für die Produktion bieten. Gleichzeitig sollten die Zollbarrieren der entwickelten Länder gesenkt oder beseitigt werden - nicht nur, um den Absatz für die Entwicklungsländer zu steigern, sondern auch, um ihnen die Chance zu geben, halbfertige und fertige Produkte zu exportieren.

Im Laufe der siebziger Jahre sind die Landwirtschaftsexporte der Entwicklungsländer nur um 20 Prozent ihres Umfangs gestiegen, die Importe dagegen um fast 100 Prozent. Dieser Umstand ist zwar finanziell durch die größere Steigerung der Exportpreise aufgefangen worden. Aber im Endeffekt hat der Nahrungsmittelhandel keinen nennenswerten Beitrag zum Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer insgesamt geleistet.

Aufruf an die Mitglieder des Treffens von Cancun

In wenigen Tagen beginnen, wie wir wissen, die Verhandlungen eines ersten Nord-Süd-Gipfeltreffens in Cancun/Mexiko. Mr. Ramphal, der Generalsekretär der Organisation des Commonwealth, und ich haben den Staats- und Regierungschefs, die in Cancun zusammentreffen werden, einen Brief geschrieben, in dem wir sie auf das unserer Meinung nach Wichtigste hinweisen. Dies ist einmal, daß die Globalverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen endlich aufgenommen werden. Und zum anderen, daß man die Notwendigkeit eines Sofortprogramms auf kritischen Gebieten erkennt. Und das weltweite Nahrungsmittelprogramm wird von uns an erster Stelle genannt.

Ich knüpfe an die Konferenz von Cancun keine übersteigerten Erwartungen. Dort können ja auch keine Beschlüsse gefaßt, sondern allenfalls vorbereitet werden. Gleichwohl geht mein Appell an die Staatsmänner, ob in Cancun oder nicht, eine Ebene der Verhandlungsbereitschaft zu schaffen, die aus der Nord-Süd-Sackgasse herausführt.

Anfang des Monats war ich in den Vereinigten Staaten und bin dort auf eine Unterschriftenaktion aufmerksam gemacht worden. Sie galt einem Aufruf an die Mitglieder des Treffens in Cancun. Und dieser Aufruf formuliert in drei schlichten Sätzen all dies, was man auch sehr ausführlicher erläutern kann. Er lautet:

"We call for international cooperation on a plan that will:

- 1) Help developing nations increase their food production;
- 2) Provide regular food supplies to the hungry - including greater emergency food aid;
- 3) Establish a system for long-term international food security."

Dem kann ich mich nur anschließen. Und ich schließe mich auch der ebenso kurzen wie richtigen und vollständigen Begründung an: "Unless we share the world's resources, there will be no justice; without justice, no peace; and without peace, no freedom anywere in the world."

In weltweiten Verhandlungen die wirtschaftlichen Beziehungen korrigieren

The Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen hat den Welternährungstag, der heute zum ersten Mal begangen wird, initiiert. Die zentrale Veranstaltung findet hier in Rom statt. Ebenso wichtig oder noch wichtiger sind die Aktivitäten und Aufklärungskampagnen in den Ländern der Dritten Welt. Dementsprechend wendet sich unsere heutige Veranstaltung ebenso sehr an den Norden wie an den Süden.

An den Norden: Erstens, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Regierungen und der Wirtschaft auf die brennenden Probleme der Welternährungslage und auf die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen zu lenken. Und zweitens, um für eine Verstärkung des Transfers von Wissenschaft und Technologie in die Entwicklungsländer zu werben, insbesondere zugunsten der kleinen Bauern und der Landarbeiter.

Und die Veranstaltung wendet sich an die Länder des Südens: Um größere Aufmerksamkeit für den Stellenwert und die Entwicklungsbedürftigkeit der Landwirtschaft zu wecken. Und um für eine stärkere Beteiligung der häuerlichen Arbeiter bei den sie betreffenden Entscheidungen zu werben.

Ich danke Ihnen für die Einladung und für die Gelegenheit, heute hier vor Ihnen zu sprechen. Ich wünsche sehr, daß die Aktivitäten des Welternährungstages zu positiven Resultaten führen. Und vor allem auch, daß sie die wirklich Hilfsbedürftigen erreichen und nicht nur diejenigen, die ohnehin Bescheid wissen, aber nicht betroffen sind.

Ich wünsche mir auch, daß die Hilfsbereitschaft einzelner Menschen und die Arbeit vor allem auch der nicht-staatlichen Hilfsorganisationen, die viel zur Linderung akuter Not beitragen, nicht erlahmen, sondern sich noch verstärken.

Aber ich bleibe dabei: Ein grundlegender Wandel zum Besseren kann nur erreicht werden, wenn die Regierungen die Kraft finden, in weltweiten Verhandlungen die notwendigen Korrekturen der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zu vereinbaren.

Ich schließe meine Ausführungen mit einem kühnen Wunsch: Daß es der Menschheit bis zum Ende dieses Jahrhunderts gelingen möge, den Tag zu erleben, an dem Kinder nicht mehr hungrig zu Bett gehen müssen. An dem Familien sich nicht mehr Sorgen um das Essen von morgen machen müssen. An dem die Zukunft menschlicher Wesen nicht mehr durch Unterernährung verkrüppelt wird.
(-/16.10.1981/vo-he/ca)

(Die Zwischenüberschriften der Kapitel sind redaktionellen Ursprungs)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

